

An den Oberbürgermeister Herrn Pit Clausen

| Gremium | Sitzung am | Öffentlichkeitsstatus |
|-------------|------------|-----------------------|
| Ratssitzung | 01.02.2024 | öffentlich |

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes):

Ergänzungsantrag zum gemeinsamen Antrag (TOP 4.2)

der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP
und der Einzelvertreter Herr Alich [parteil.], Frau Rammert [BN],
Herrn Krämer [BfB] und Herrn Gugat [LiB]

"Klare Kante gegen Rechtsextremismus"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Pit Clausen,

hiermit stellen wir zu o.g. Antrag einen Ergänzungs-/ Änderungsantrag.
Änderungen und Ergänzungen zum Ursprungsantrag sind rot markiert.

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

Die an die Öffentlichkeit gekommenen Erkenntnisse des Recherche-Netzwerks „correctiv“ zur Zusammenarbeit von einflussreichen AfD-Vertretern mit der rechtsextremistischen Identitären Bewegung haben den rassistischen und undemokratischen Charakter der AfD abermals deutlich gemacht. Die in einem Geheimgespräch beratenen Pläne zur massenhaften Deportation von Migrantinnen und Migranten sowie Deutschen mit internationaler Familiengeschichte haben zu berechtigtem Entsetzen, Empörung und solidarischer Entschlossenheit auch bei Bielefelderinnen und Bielefeldern geführt. Bundesweit gingen bisher mehr als 1 Mio. Menschen, unter anderem auch in Bielefeld, auf die Straße, um ihren Protest gegen die AfD, **gegen rechte Politik und gegen den Rechtsruck in der Bevölkerung** zu zeigen. Diese Demonstrationen sind ein erfreuliches Zeichen.

Der Rat der Stadt Bielefeld bekennt sich eindeutig zum Grundgesetz und dessen Werten, zur vielfältigen Gesellschaft sowie zu Humanität und Demokratie. Bielefeld ist und bleibt eine bunte und weltoffene Stadt, in der

Menschen mit verschiedenster Herkunft und unterschiedlichen Lebensentwürfen zu Hause sind. Wir sind entschlossen, dies gemeinsam gegen **rechte und** rechtsextreme Bestrebungen zu verteidigen und unterstützen entsprechende Demonstrationen und Proteste aus der Zivilgesellschaft.

Zusatz 1:

Wir verpflichten uns, in Zukunft stärker als bisher,
-auf eine diskriminierungsfreie Sprache zu achten,
-diskriminierenden und rassistischen Äußerungen im Rat entgegenzutreten, indem wir diese benennen und uns davon abgrenzen,
- unser Handeln regelmäßig zu reflektieren und Weiterbildungen bezüglich Rassismus zu besuchen sowie allen unseren Mitgliedern, Sachkundigen und Mitarbeitenden anzubieten.

Zusatz 2:

Der Rat der Stadt Bielefeld erkennt daher an, dass politische Bildung wichtiger denn je ist und unterstützt in Zukunft in besonderem Maße sowohl finanziell als auch räumlich Bildungseinrichtungen und Gruppen, die sich mit antifaschistischer, antirassistischer Bildung und Politik befassen, um in der Bevölkerung ein Bewusstsein für die Bedeutung von Vielfalt, Toleranz und demokratischen Werten zu schaffen und zu fördern.

Begründung:

Erfolgt mündlich

gez. Lena Oberbäumer

gez. Daniel Hofmann